

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © Kalkuk Law/HKCC/OeRK

Die Corona-Pandemie nötigt ebenso wie der einsetzende Klimakollaps zu einem globalen Zusammenwirken. Kirchen haben im Oekumenischen Rat eine Kooperationsbasis, die sich noch ausbauen lässt. Das gilt auch für die Frage, wie die Wirtschaftswelt solidarisch neu organisiert werden muss. Um die Stimme der Kirchen in der Weltwirtschaft und ihr Eintreten für eine Ökonomie des Lebens zu stärken, bietet der OeRK Seminare für Führungskräfte an zu einer neuen internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA). Hier ein Kurs in Hongkong. (Siehe Meldung auf Seite 3)

COVID 19 - Pandemie: OeRK bietet persönliche Ansprechpartner

Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) verschaffte seinen Mitgliedskirchen die Möglichkeit, inmitten der COVID-19-Pandemie Unterstützung von persönlichen Ansprechpartnern zu erhalten. Der OeRK hat ein aus acht erfahrenen Personen bestehendes Team zusammengestellt, das Kirchen beratend zur Seite stand und sie dabei unterstützte, ihre Rolle während der Coronavirus-Pandemie zu finden, sich als Glaubensgemeinschaften auf die Situation einzustellen zu können und sich untereinander bestmöglich zu unterstützen und zu kommunizieren.

„Dies sind Menschen mit Erfahrung und mit der Gabe der christlichen Weggemeinschaft“, sagte Ioan Sauca, Interims-Generalsekretär des OeRK.

„Wir reichen unsere helfende Hand im Rahmen der weltweiten gegenseitigen Unterstützung in dieser für uns alle

extrem schwierigen Zeit“, sagte Sauca. „Diese Menschen haben alle einen ganz unterschiedlichen Kontext und Hintergrund, und wir hoffen, dass die Begegnungen der Mitgliedskirchen mit diesen Menschen sie selbst in die Lage versetzen, anderen Menschen ebenfalls zu helfen.“ Der Weltkirchenrat selbst arbeitet dabei eng mit der Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen. Ihre Hauptquartiere sind in Genf benachbart.

Der OeRK bleibt mit Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern in stetigem Kontakt und setzt dabei auf Telefon- und Videokonferenzen, wo immer Ausstattungen vor Ort vorhanden sind.

Papst für Schuldenerlass

Papst Franziskus schlug angesichts der Corona-Krise in seiner Osterbotschaft vor: „Alle Staaten sollten in die Lage versetzt werden, die notwendigsten Maßnahmen in Angriff zu nehmen, indem die Schulden, welche die Bilanzen der ärmsten Länder belasten, teilweise oder sogar ganz erlassen werden.“

AUS DEM INHALT

**Dialog Christen-Muslime:
Großmufti in Genf**

**OeRK-Sommerseminar 2020:
Leitung und Management für eine
Ökonomie des Lebens**

**Wassernetzwerk der Kirchen:
Für Wassergerechtigkeit im
pazifischen Raum**

**Regionaler Nuklearkrieg:
Risiko für globale Ernährung**

**Kirche von England:
Praktische Schritte zur Senkung von
CO₂ - Emissionen**

**Globaler Kohleausstieg:
Nutzen überwiegt Kosten**

**Corona-Pandemie:
Klimaziel für 2020 nun erreichbar**

Aus Netzen und Bewegungen

**Oekumenischer Ratschlag:
Vorbereitungen für Kirchentag und
OeRK Vollversammlung**

**Rhein-Mosel-Saar:
Corona und Modernisierungskollaps**

**Westfalen:
TheologInnen im Gefängnis**

**Kairos Europa:
Systemischen Charakter der Krise
bewusst machen**

**Akademie solidarische Ökonomie:
Klimaerhitzung, Pandemie, und
eine neue Wirtschaftsweise**

**Versöhnungsbund:
Die innere Logik des Friedens**

**Friedensgebetskreise:
Sicherheit neu denken**

Investigativpublikation: ‘Guerillakrieg’ gegen Papst

Ein einflussreicher konservativer Kardinal hat sich in der römisch-katholischen Kirche als "Parallelautorität" neben Papst Franziskus etabliert. Das ist das Fazit eines neuen Buches, das den Pontifex als prophetischen Reformator darstellt, der von Gegnern umgeben ist, die einen "Guerillakrieg" gegen ihn führen.

Kardinal Robert Sarah, ein Prälat aus Guinea, der die Liturgieabteilung des Vatikans leitet, hat versucht, ein alternatives Führungsmodell für die globale römisch-katholische Kirche zu entwickeln, wie Christopher Lamb in 'The Outsider' schreibt.

"Er konfrontiert oder kritisiert den Papst nicht direkt, sondern [präsentiert] ein alternatives Führungsmodell für die Kirche. Unter vier Augen hört er sich die Beschwerden über Franziskus an; er teilt einige der Bedenken, obwohl er sehr vorsichtig ist in dem, was er sagt. Er unterstützt die Angriffe nicht, aber er tut auch nichts, um sie zu stoppen".

Sarah, der häufig als potentieller Nachfolger von Franziskus genannt wird, verknüpfe mystische Spiritualität mit einer unbeugsamen Verteidigung der traditionellen katholischen Lehre.

Im Januar hat Sarah zusammen mit dem emeritierten Papst Benedikt ein Buch mit dem Titel "Aus der Tiefe des Herzens" verfasst, in dem er den Zölibat verteidigt, während Franziskus darüber nachdachte, diese Bestimmung im Amazonasgebiet, wo es an Priestern mangelt, zu lockern. Das Buch wurde als eine Herausforderung der Autorität von Franziskus gesehen. Er entschied sich schließlich gegen eine Öffnung des Priestertums für verheiratete Männer.



© Maïmone Eidersten/OeRK

Shawki Ibrahim Abdel-Karim (re.) zum Dialog im Genfer ökumenischen Zentrum mit Olav Fykse Tveit

Sarah hat "in konservativen Kreisen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, eine loyale Anhängerschaft entwickelt", so Buchautor Lamb. Zu seinen Unterstützern gehören die Knights of Columbus, eine Multimilliarden-Dollar-schwere Organisation in den USA.

Laut Lamb haben katholische US-Spender unter Franziskus ihre Finanzierungsbeiträge für Rom zurückgehalten, aus Wut über ihren Einflussverlust und aus Protest gegen die Äußerungen des Papstes zu Kapitalismus, Umwelt, Flüchtlingen und Ungleichheit.

Dialog Christen-Muslime: Großmufti in Genf

Der ägyptischen Großmufti Shawki Ibrahim Abdel-Karim führte im Genfer ökumenischen Zentrum einen Dialog mit OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit zur Förderung friedlicher Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften. Themen waren religiöse Freiheit, Werte für eine gleichberechtigte Bürgerschaft und wichtige Aspekte der Friedensarbeit und des interreligiösen Dialogs mit einem besonderen Augenmerk auf der Bekämpfung religiösen Extremismus, der in vielen Teilen der Welt zu Gewalt führt.

Abdel-Karim beschrieb die gemeinsamen Wurzeln und Erfahrungen der Menschen sowohl muslimischen als auch christlichen Glaubens, die seit Jahrhunderten zusammen in Ägypten leben. Seiner Meinung nach sollte dies die Grundlage eines konstruktiven Engagements für die Förderung friedlicher Beziehungen sein.

„Wir sind eine Familie, und unsere persönlichen Beziehungen spiegeln sich nicht nur in unseren Glaubensidentitäten in Ägypten wider. Wir sind seit vielen Jahrhunderten Nachbarn und als religiöse Gemeinschaften eng miteinander verbunden“, sagte der Großmufti, der auch Professor für islamisches Recht ist.

Seiner Meinung nach sind „Bündnisse zwischen Menschen christlichen und muslimischen Glaubens nicht nur möglich, sondern es gibt sie bereits auf einer ganz persönlichen Ebene zwischen einfachen Menschen in ihrem alltäglichen Leben. Werte wie Ehrlichkeit, Vertrauen und Respekt werden von allen Menschen geteilt, seien sie muslimischen oder christlichen Glaubens.“

Die Bedeutung einer guten religiösen Erziehung, bemerkte OeRK-Generalsekretär, könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Beide Religionen beruhen auf einer Schrift, und in beiden Glaubensrichtungen spielt ein heiliges Buch, ob nun der Koran oder die Bibel,

eine sehr wichtige Rolle“, sagte er und stellte fest: „Es besteht das Potenzial eines Missbrauchs heiliger Schriften durch Menschen, die nicht die Gelegenheit hatten, diese Schriften in ihrem Kontext zu studieren.“

Nachhaltigkeit in Afrika: CO₂-intensive Bodenschätze sollen in der Erde bleiben

Etwa 30 Prozent der weltweiten Rohstoffreserven befinden sich in Afrika. Darüber hinaus verfügt der Kontinent über zehn Prozent der globalen Öl- bzw. acht Prozent der Erdgas-Vorräte. Afrikanische Länder sind in hohem Maße von ihren Bodenschätzen abhängig – durchschnittlich entfallen 70 Prozent ihrer Exporte auf Rohstoffe.

Hier zeichnet sich nun ein Umbruch ab. „Wir sind uns des Pariser Abkommens und der Verpflichtung bewusst, die CO₂-Emissionen zu senken, um das Ziel einer globalen Erwärmung unter zwei Grad Celsius zu erreichen“, erläuterte Vanessa Ushie von der "African Development Bank" (AfDB). „Angesichts dieses Ziels muss aber klar sein, dass bestimmte Rohstoffe in der Erde bleiben müssen – vor allem jene mit den höchsten CO₂-Emissionen.“

Der Klimawandel könnte also der Ausbeutung dieser Ressourcen ein Ende setzen – insbesondere der nicht erneuerbaren Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas.

Eine Studie von Bloomberg Finance zeigt, dass der Globale Süden zum Schrittmacher der Energiewende wird. 2017 wurde in den sogenannten Entwicklungsländern eine Gesamtkapazität von 114 Gigawatt an CO₂-freiem Strom installiert. In den Industriestaaten waren es lediglich 63 Gigawatt.

Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) meint, dass Afrika weltweit eine Pionierrolle bei der Erzeugung grüner Energie einnehmen könnte. Es existiert ein beinahe unbegrenztes Potenzial an Solarkapazität (10 TW), reichlich vorhandener Wasserkraft (350 GW), Windkraft (110 GW) und geothermischen Energiequellen (15 GW).

In den letzten Jahren sind auf dem Kontinent bereits Großprojekte zur Erzeugung von Solarenergie realisiert worden. Das Kraftwerk Ouarzazate in Marokko z.B. gilt als größter Solarkomplex der Welt.

Die Afrikanische Entwicklungsbank möchte die sonnenreiche Sahelzone in ein riesiges Kraftwerk für Solarenergie verwandeln. Das Projekt mit dem Titel "Desert to Power Initiative" soll die natürlichen Ressourcen des semiariden

Gürtels zwischen Atlantik und Indischem Ozean erschließen.

Die "Desert to Power Initiative" zielt darauf ab, 2025 zehn Gigawatt Solarenergie zu erzeugen. Damit soll Strom für rund 250 Millionen Menschen bereitgestellt werden. Bislang haben 64 Prozent der Bevölkerung in der Sahelzone überhaupt keinen Zugang zu Elektrizität.

OeRK-Sommerseminar 2020: Für eine Ökonomie des Lebens

Ein Oekumenisches Sommerseminar zu Fragen von Leitung, Wirtschaft und Management für eine Ökonomie des Lebens (GEM) soll nach bisheriger Planung vom 17. bis 28. August 2020 in Taipeh die Stimme der Kirchen in der Weltwirtschaft und ihr Eintreten für eine Ökonomie des Lebens stärken.

Diese Initiative reagiert auf die Empfehlungen, die in der Erklärung von Sao Paulo für die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, den Oekumenischen Rat der Kirchen, den Rat für Weltmission und den Lutherischen Weltbund formuliert wurden. Im "Oekumenischen Aktionsplan für eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur", wurde die Entwicklung von Wirtschaftskompetenzen innerhalb der Kirchen als eine Priorität genannt wurde.

Der 10-tägige Kurs verfolgt als Ziele:

- Identifizierung theologischer Ansatzpunkte für wirtschaftliche Gerechtigkeit (d.h. warum und wie Theologie und Ethik tief mit dem Wirtschaftsleben verbunden sind)
- Vermittlung eines grundlegenden Verständnisses des wirtschaftlichen Mainstream-Denkens
- Identifizierung, Relativierung und Kontextualisierung von Methodologien und normativen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften
- Den Horizont der Wirtschaft durch Einführung ökologischer, feministischer und anderer pluralistischer Ansätze erweitern.
- Entfaltung der Implikationen für die Kirchen und ihr Eintreten für eine Ökonomie des Lebens im Kontext des Aktionsplans für eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA) und des Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens.

Globale Finanzarchitektur: UNO-Panel zur Bekämpfung von Steuervermeidung

Das *Tax Justice Network* hat die Einrichtung des UN High-Level Panel on

Financial Accountability, Transparency and Integrity (FACTI) begrüßt. Die Organisation lobt auch die Führung Nigerias, das derzeit den Vorsitz der UN-Generalversammlung innehat, und Norwegens, das an der Spitze des UN-Wirtschafts- und Sozialrats steht, bei der Schaffung des neuen Gremiums.

Das *High-Level Panel on Financial Accountability* soll sich mit der missbräuchlichen Vermeidung von Körperschaftssteuern und mit illegalen Finanzströmen befassen, um sicherzustellen, dass die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung festgelegten Vorgaben erreicht werden. Mit seiner Beauftragung wird anerkannt, dass die globale Architektur in Bezug auf diese Themen große Lücken aufweist.

Auf der einen Seite befasst sich das *Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption* (UNCAC) in erster Linie mit innerstaatlichen Fragen, aber seine Bestimmungen sind unzureichend, wenn sie nicht durch umfassendere globale Maßnahmen unterstützt werden. Wie der Finanzgeheimnis-Index zeigt, ist das Problem der Korruption ein internationales Problem, das nicht von Ländern mit niedrigem, sondern von Ländern mit hohem Einkommen, die unter das Finanzgeheimnis fallen, verursacht wird. Auf der anderen Seite werden internationale Steuerfragen vom Klub der reichen Länder, der OECD, dominiert; und die OECD versäumt es immer wieder, die Bedenken der Länder mit niedrigem Einkommen zu berücksichtigen, auch wenn es sich immer neu bestätigt, dass sie die größten Verlierer durch Steuervermeidung sind.

Das *Tax Justice Network* (TJN) stellt fest, die Reaktion der OECD-Länder auf das FACTI-Panel sei beschämend gewesen. Anstatt die Gelegenheit zu einem neuen Denken über diese globalen Fragen in einem weltweit repräsentativen Forum zu ergreifen, haben sie stattdessen versucht, die Aufgabenstellung zu umschreiben und ihre eigene Macht und ihre Privilegien zu schützen. Wie von Gruppen der Zivilgesellschaft, die die Gespräche bei der UNO begleiten, erklärt wurde, ist einer der Kernbereiche der Kontroverse die Definition von illegalen Finanzströmen. Viele OECD-Länder haben versucht, dies auf eine enge Eingrenzung der kriminellen Finanzen zu beschränken und damit die Flut von Einnahmen nicht zu berücksichtigen, die durch Plünderung von ärmeren Ländern mithilfe missbräuchlicher, aber manchmal rechtlich unklarer Steuerpraktiken entstehen.

Das *High-Level Panel on Financial Accountability* wird letztlich danach beurteilt werden, ob es in der Lage ist, Vorschläge zu unterbreiten, mit denen die großen Lücken in der globalen

Finanzarchitektur geschlossen werden können oder nicht. Dies bezieht sich insbesondere auf zwei Schlüsselbereiche, in denen Fortschritte erzielt werden können:

- Ein weltweit repräsentatives Forum mit ausreichender Vertretung der Länder mit niedrigem Einkommen, die am meisten durch die Steuervermeidung leiden, unter der Schirmherrschaft der UNO, um die politischen Diskussionen über die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung voranzubringen.
- Umfassende Fortschritte beim "ABC der Steuertransparenz", möglicherweise durch ein neues UNO-Übereinkommen, das auch ein Überwachungsgremium einrichten würde, um das Ausmaß der Steuerverluste, illegale Finanzströme und den Grad der Fortschritte bei der Transparenz zu verfolgen.

Wassernetzwerk der Kirchen: Wassergerechtigkeit im Pazifik

Unter dem Motto "Eine Pilgerreise der Wassergerechtigkeit in der Pazifikregion" fand im Frühjahr eine Fastenkampagne "Sieben Wochen für Wasser" statt. Für 2020 legte der Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden des OeRK einen regionalen Schwerpunkt in der Pazifikregion.

Schon seit 2008 lädt das Wassernetzwerk des OeRK Menschen auf der ganzen Welt ein, die Fastenzeit zu nutzen, um über Probleme im Zusammenhang mit Wasser nachzudenken.

Dinesh Suna, Koordinatorin des Oekumenischen Wassernetzwerks, erinnerte daran, dass der Versorgungsgrad im pazifischen Raum mit 48 Prozent bei der Wasserversorgung und 31 Prozent bei der sanitären Grundversorgung zusammengenommen niedriger ist als in jeder anderen Region der Welt.

"Angesichts der Schwere der Auswirkungen des Klimawandels in der Region werden sich diese Zahlen noch weiter verschlechtern", sagte sie. "Sieben Wochen für Wasser" sei eine wichtige Strategie, um die Mitgliedskirchen und ihre Gemeinden in der Pazifikregion dafür zu mobilisieren, sich mit der Frage des Zugangs zu Wasser auseinanderzusetzen.

Asien und Pazifik: Neue Aktivisten-Generation

Eine Welle von Jugendprotesten in ganz Asien trotz der eskalierenden Unterdrückung und einem kontinentweiten scharfen Vorgehen gegen die Meinungs-

und Versammlungsfreiheit, so Amnesty International bei der Veröffentlichung ihres neuen Jahresberichts über die Menschenrechte in der Region.

Der 68-seitige Bericht beschreibt, wie eine neue Generation von Aktivisten gegen brutale Razzien gegen abweichende Meinungen, diffamierende soziale Medien und weit verbreitete politische Zensur ankämpft.

Der Report liefert eine detaillierte Analyse für den asiatisch-pazifischen Raum, wobei Hongkong, China, Indien und Vietnam hervorgehoben werden.

Nicholas Bequelin, der Direktor von Amnesty International für Ost- und Südostasien und den Pazifik, sagte: "2019 war in Asien ein Jahr der Unterdrückung, aber auch ein Jahr des Widerstands."

Während Regierungen auf dem ganzen Kontinent versuchen, die Grundfreiheiten zu auszuhebeln, wehren sich die Menschen - und junge Menschen stehen dabei an vorderster Front. Sowohl online als auch offline stellen die von Jugendlichen geführten Volksproteste die etablierte Ordnung in Frage. Die Proteste in ganz Asien im Jahr 2019 wurden zwar blutig niedergeschlagen, aber nicht gebrochen. Sie wurden erstickt, aber nicht zum Schweigen gebracht. Und gemeinsam haben sie eine klare Botschaft an die Regierungen gesandt, die weiterhin die Menschenrechte verletzen, um ihren Griff nach der Macht zu verstärken.

Wasserressourcen: Für Lösung der Klimaprobleme

Am Weltwassertag (22. März 2020) haben die Vereinten Nationen einen Leitbericht veröffentlicht, der besagt, dass die Verringerung der Auswirkungen und Triebkräfte des Klimawandels größere Veränderungen in der Art und Weise erfordert, wie wir die begrenzten Wasserressourcen der Erde nutzen und wiederverwenden.

Mit Blick auf eine Lösung heißt es: "Wir müssen dringend die Investitionen in gesunde Wassereinzugsgebiete und Wasserinfrastrukturen erhöhen und die Effizienz der Wassernutzung drastisch verbessern".

Im Bericht 2020 werden konkrete Lösungen für die Gewährleistung des Zugangs zu Wasser für alle dargelegt: "verbessertes Management der Wasserressourcen, die Minderung wasserbedingter Gefahren, leichter und nachhaltiger Zugang zu sanitären Einrichtungen".

2,2 Milliarden Menschen haben derzeit keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, und 4,2 Milliarden, d.h. 55 Pro-

zent der Weltbevölkerung, haben keine sichere Abwasserentsorgung.

Der Weltwasserentwicklungsbericht 2020 zeigt, dass sich der Wasserverbrauch im vergangenen Jahrhundert sechsfach hat und jährlich weiter um etwa ein Prozent steigt.

Der Bericht erwähnt auch innovative Ansätze im Wassermanagement, wie z.B. das Auffangen von Nebel oder traditionellere Maßnahmen wie den Schutz von Feuchtgebieten, sowie bewährte Techniken der "bewahrenden Landwirtschaft". Die "Wiederverwendung" von teilweise gereinigtem Abwasser für Landwirtschaft und Industrie, ohne es unbedingt trinkbar zu machen, ist ein weiterer Ansatz.

Doomsday-Clock: Noch 100 Sekunden

Die berühmte Weltuntergangsuhr, *Doomsday Clock*, die die größten Gefahren für die Menschheit symbolisiert, steht heute näher an Mitternacht als je zuvor seit ihrer Einführung im Jahr 1947. Um den Handlungsbedarf zu unterstreichen, wird die Zeit der Weltuntergangsuhr jetzt in Sekunden statt in Minuten angegeben. Im Januar 2020 hat das Bulletin des Wissenschafts- und Sicherheitsausschusses der Atomwissenschaftler die Weltuntergangsuhr von zwei Minuten bis Mitternacht auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt.

In der Erklärung des *Bulletin of the Atomic Scientists* heißt es: "Die Menschheit ist weiterhin mit zwei gleichzeitigen existenziellen Gefahren konfrontiert - Atomkrieg und Klimawandel -, die durch einen Bedrohungsmultiplikator, den cybergestützten Informationskrieg, der die Reaktionsfähigkeit der Gesellschaft untergräbt, noch verstärkt werden. Die internationale Sicherheitslage ist schrecklich, nicht nur, weil diese Bedrohungen existieren, sondern weil die führenden Politiker der Welt die internationale politische Infrastruktur zu ihrer Bewältigung haben erodieren lassen".



Photo © Peter Williams/OeKK

Guterres warnt vor Viren als Waffe

UN-Generalsekretär António Guterres hat vor einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit durch das Coronavirus gewarnt. Er sieht in der Zukunft eine wachsende Gefahr von Angriffen durch Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen. "Die Schwächen und mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurden, geben Einblicke, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte - und erhöhen möglicherweise das Risiko dafür", warnte Guterres bei einer Videokonferenz des UN-Sicherheitsrats am Gründonnerstag.

Umweltschützer weisen darauf hin, dass die Zerstörung von Lebensräumen von Tieren, etwa die Rodung riesiger Urwälder, zu erhöhter Ansteckungsgefahr der Menschen durch Viren führt. Mehr Pandemien werden die Folge sein.

Regionaler Nuklearkrieg: Risiko für globale Ernährung

Selbst ein begrenzter Atomkrieg könnte gefährliche Auswirkungen weit über die tödlich getroffene Region hinaus haben. Das analysiert eine neue Studie. Er würde zu einer globalen Abkühlung führen, welche die landwirtschaftliche Produktion in den wichtigsten Kornkammern der Welt - von den USA bis nach Europa, Rußland und China - erheblich reduzieren würde. Die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit einschließlich der Reaktionen des grenzüberschreitenden Agrarhandels wurden jetzt zum ersten Mal von einem internationalen Wissenschaftlerteam unter Beteiligung des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung in einer auf Computersimulationen basierenden Studie aufgezeigt. Der plötzliche Temperaturrückgang würde zu einem in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesenen Schock im Ernährungssystem führen. Dies würde den gegenwärtigen, von fossilen Brennstoffen verursachten Klimawandel jedoch nicht aufheben - nach etwa einem Jahrzehnt der Abkühlung würde die globale Erwärmung wieder zunehmen.

"Wir wissen jetzt, dass ein Atomkonflikt nicht nur eine schreckliche Tragödie in der Region wäre, in der er passiert - er ist auch ein unterschätztes Risiko für die globale Ernährungssicherheit", erklärt Jonas Jägermeyr vom Potsdam-Institut. "Wir stellen schwere Verluste in der landwirtschaftlichen Produktion fest, aber wir haben auch die Auswirkungen des Handels auf die örtliche Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln

untersucht. Es zeigt sich, dass die großen Getreide-Regionen die Exporte kürzen würden und dann weltweit Länder unter Versorgungsengpässen leiden würden. Die regionale Krise würde also zu einer globalen Krise werden, weil wir alle vom gleichen Klimasystem abhängig sind.“

Folgen eines begrenzten atomaren Schlagabtauschs

Als Beispiel für einen regionalen Konflikt untersuchten die Wissenschaftler die Auswirkungen eines begrenzten Atomkriegs zwischen Indien und Pakistan, bei dem weniger als 1 Prozent des weltweiten Atomwaffenarsenals eingesetzt wird. Die durch die Bomben entzündeten Feuer würden große Mengen Ruß hoch in die Atmosphäre aufsteigen lassen, wo der Wind den Rauch schnell über den ganzen Globus verteilt. Die vielen kleinen Teilchen würden daraufhin einen Teil des Sonnenlichts davon abhalten, die Erdoberfläche zu erreichen, was zu einer plötzlichen Abkühlung und zu wechselnden Wettermustern führen würde. Für Emissionen von 5 Millionen Tonnen Rauch berechneten Klimamodelle einen globalen mittleren Temperaturabfall von etwa 1,8 Grad Celsius und einen Rückgang der Niederschläge um 8 Prozent für mindestens fünf Jahre - wodurch die Erde in einen wesentlich kälteren und trockeneren Zustand versetzt würde. Zum Vergleich: Bisher haben Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen unseren Planeten um etwa 1 Grad Celsius erwärmt. Vor dieser Studie gab es nur sehr wenige Erkenntnisse darüber, wie die globalen Agrarsysteme auf die Abkühlung reagieren würden.

Im ersten Jahr nach dem Krieg könnten die heimischen Reserven und der Welthandel den Verlust der Nahrungsmittelproduktion weitgehend auffangen, so die Forscher. Bis zum vierten Jahr wären die Getreidevorräte jedoch praktisch erschöpft und der internationale Handel käme zum Erliegen. Anhaltende Produktionsverluste würden sich daher von den Kornkammern der nördlichen Halbkugel bis zu den oft ärmeren Ländern des globalen Südens ausbreiten. Die Verfügbarkeit von Mais und Weizen würde in mehr als 70 Ländern mit rund 1,3 Milliarden Einwohnern um mindestens 20 Prozent schrumpfen.

"So schrecklich die direkten Auswirkungen von Atomwaffen auch wären, es könnten mehr Menschen außerhalb der Zielgebiete sterben - durch Unterernährung, einfach wegen der indirekten klimatischen Auswirkungen", sagt Co-Autor Alan Robock von der Rutgers University in den USA.

Brasilien: Mission bei Unkontaktierten

Evangelikale Missionare haben angekündigt, dass sie damit beginnen werden, einen Hubschrauber einzusetzen, um im Amazonas bisher nicht kontaktierte Stämme zu bekehren.

Wichtige indigene Organisationen und ihre Sprecher in Brasilien haben diesen Schritt sowie die Ernennung eines fundamentalistischen Missionars, Ricardo Lopes Dias, zum Leiter der Regierungsabteilung, die die Gebiete unkontaktierter Stämme eigentlich schützen soll, scharf kritisiert.

Lopes Dias arbeitete jahrelang für eine der größten evangelikalen Missionsgesellschaften, die New Tribes Mission (NTM), im brasilianischen Javari-Tal, der Heimat der meisten nicht kontaktierten Stämme weltweit.

Die New Tribes Mission (in den USA nun in Ethnos360 umbenannt) hat Spenden für den Kauf eines Hubschraubers zur Bekehrung der Stämme in der Region gesammelt. Sie kündigte an: "Dieses neue Hubschrauberflugprogramm wird es der Ethnos360 Aviation ermöglichen, allen unseren derzeitigen Missionaren in der Region zu dienen und die Tür zu zehn weiteren Menschengruppen zu öffnen, die in extremer Isolation leben.“

Die New Tribes Mission ist dafür bekannt, offen für den erzwungenen Zugang zu unkontaktierten Stämmen einzutreten, sagt Survival International, die globale Bewegung für die Rechte von Indigenen. "Diese Missionsgesellschaft half in den 1970er und 80er Jahren in Paraguay, bis dahin nicht kontaktierte Ayoreo gefangen zu nehmen und aus dem Amazonaswald zu schaffen.“

Landnahme

Sarah Shenker, Koordinatorin der Kampagne für unkontaktierte Stämme von Survival International, klagte, dass die evangelikalen Missionare und die Regierung gemeinsam „die Türen zu den indigenen Gebieten öffnen“ wollen: "Es ist jetzt klar, dass die brasilianische Regierung bewusst die indigenen Gebiete für evangelikale Missionare öffnen will, als einen wichtigen Schritt bei der Übernahme ihres Landes und der Ausbeutung ihres Goldes, ihrer Mineralien, ihres Holzes und anderer Ressourcen. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, werden viele Stämme ausgelöscht werden“.

Beto Marubo, ein indigener Führer aus dem Javari-Tal, sagte: "Die New Tribes Mission in Brasilien hat unsere soziale Organisation, unser friedliches

Zusammenleben zerstört. Es kam zu Differenzen, und die Welt, die wir seit Jahrtausenden kannten, wurde demonstert... Missionarische Aktivitäten bedeuten den totalen Verlust der letzten unkontaktierten Völker im Javari-Tal“.



Photo © Ivana Kupcisty/OeRK

Die Situation in Brasilien war Gegenstand eines Besuchs des früheren Präsidenten Lula da Silva im Oekumenischen Zentrum in Genf am 6.3.2020

Kirche von England: Praktische Schritte zur raschen Senkung von CO₂ Emissionen

Die Kirche von England plant, für ihre 40.000 Gebäude, darunter riesige mittelalterliche Kathedralen, bis 2030 eine Netto-Null-Kohlenstoffemission zu erreichen.

Ein beispielhafter Punkt ist die Beheizung. So könnte es beheizte Kissen in Sitzbänken geben, die eher dazu dienen, Einzelpersonen zu erwärmen, statt der Luft in Kirchen und Kathedralen, und Bischöfe könnten internationale Flugreisen meiden.

Die Kirche führt ein Energiebewertungssystem ein, das ähnlich wie bei Haushaltsgeräten zur Überwachung des Kohlenstoff-Fußabdrucks ihrer Gebäude, zu denen auch Schulen, Gemeindezentren und Pfarrhäuser gehören, eingesetzt wird. "Wenn man sie nicht messen kann, kann man sie nicht verwalten", erklärte Nicholas Holtam, der Bischof von Salisbury und Vorreiter der Kirche in Umweltfragen.

Ein der Synode vorgelegtes Papier nennt weitere Beispiele wie die Umstellung auf LED-Beleuchtung, die Umstellung von Gas und Öl auf Ökostrom als Wärmequelle, die Verwendung von Elektro- statt Benzin- oder Dieselfahrzeugen und die Förderung der biologischen Vielfalt auf Kirchhöfen und in den Pfarreiliegenschaften.

"Die Kirche von England verfügt über Gebäude in allen architektonischen Stilen und Materialien der letzten 1.500 Jahre, was einige einzigartige Herausforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz mit sich bringt", sagte Bischof Holtham.

"Kirchen sind jedoch keine Museen; sie sind lebendige Gebäude, die ihren Gemeinden jeden Tag der Woche dienen, und grüner zu sein bedeutet nicht, weniger zu tun, sondern Gemeinden befähigen, den Energieverbrauch zu senken.

"Die Christen sind aufgerufen, Gottes Schöpfung zu bewahren und das Leben auf der Erde zu erhalten und zu erneuern. Angesichts der Realität des katastrophalen Klimawandels, der die verwundbarsten Menschen der Welt betreffen wird, ist das früheste, radikale und sofortige Handeln unsere einzige Option". Der Synodenbeschluss sieht einen konkreten Aktionsplan vor und alle drei Jahre Fortschrittsberichte.

Digitale Konferenzen: Vor- und Nachteile

Der Austausch in der ökumenischen Bewegung ist statt auf Besuche jetzt mehr als früher auf Telefon- und Videokonferenzen angewiesen. Die Humboldt-Universität zu Berlin hat eine Anleitung für Telefon- und Videokonferenzen veröffentlicht (www.projekte.hu-berlin.de/de/gnuHU/anleitungen/digitale-konferenzen/digitale-konferenzen). Ihre Empfehlung gilt freier Software. Für Videokonferenzen ist das vorrangig JitsiMeet (Jitsi.org). Mit dem kostenfreien "Jitsi Meet" lassen sich Videokonferenzen durchführen ohne Software-Installation oder Anmeldung direkt im Browser.

Für Audio-Telefonie für fast beliebig große Gruppen wird "Mumble" empfohlen (<https://www.mumble.com/>).

Sehr bequem ist das Programm für Videokonferenzen "Zoom" (<https://zoom.us>). Die Firma sammelt allerdings private Nutzerdaten in größtmöglichem Umfang.

Wegen der erheblichen Datenschutzbedenken bei "Zoom" hat sich bereits die New Yorker Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Globaler Kohleausstieg: Nutzen überwiegt Kosten

Mit mehr als einem Drittel der weltweiten Emissionen ist die Kohleverbrennung nicht nur die wichtigste Einzelquelle von CO₂, sondern beeinträchtigt auch in erheblichem Maß die öffentliche Gesundheit und die biologische Vielfalt. Trotzdem ist der weltweite Ausstieg aus der Kohleverbrennung nach wie vor eine politische Herkulesaufgabe. Stichhaltige ökonomische Argumente, warum sich

der Aufwand lohnt, liefern jetzt neue Computersimulationen eines internationalen Forscherteams: Erstens zeigen sie, dass die Welt nicht unter der 2-Grad-Grenze bleiben kann, wenn wir weiterhin Kohle verbrennen. Zweitens überwiegen die Vorteile eines Ausstiegs aus der Kohleverbrennung die Kosten dafür deutlich. Drittens greifen die positiven Effekte eines Ausstiegs zumeist unmittelbar und direkt vor Ort – was die Umsetzung politisch attraktiv macht.

„Wir befinden uns im 21. Jahrhundert und hängen noch immer stark von der Verbrennung von Kohle ab – das macht sie zu einer der größten Bedrohungen für unser Klima, unsere Gesundheit und die Umwelt. Deshalb haben wir beschlossen, die Argumente für einen weltweiten Ausstieg aus der Kohleverbrennung umfassend zu prüfen: Rechnet sich der Ausstieg? Die kurze Antwort lautet: Ja, bei weitem“, sagt Leitautor Sebastian Rauner vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Für ihre Computersimulationen betrachteten die Forscher nicht nur die Stromerzeugung, sondern alle Energiesektoren, einschließlich Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft.

„Wir stellen fest, dass die Menschheit auf der Grundlage der derzeitigen Klimaverpflichtungen aller Länder im Rahmen des Pariser Abkommens bisher nicht auf dem Weg ist, die globale Erwärmung unter 2 Grad zu halten. Wenn jedoch alle Länder den Kohleausstieg einleiten würden, kämen wir dem Ziel weltweit um 50 Prozent näher. Für kohleintensive Volkswirtschaften wie China und Indien würde ein Ausstieg aus der Kohle die Lücke bis 2030 sogar um 80-90 Prozent schließen.“

Die Forscher entwickelten eine Computersimulation, die die Auswirkungen des Kohleausstiegs besonders umfassend beleuchtet. Erstmals werden damit auch die Schäden an Mensch und Umwelt, die Kohleverbrennung verursacht, in Geld ausgedrückt und so mit den Kosten für den Klimaschutz vergleichbar.

Kohleausstieg weltweit ein netto Einsparungseffekt

„Die Kosteneinsparungen durch verringerte Schäden an Gesundheit und Ökosystemen überkompensieren die direkten wirtschaftlichen Kosten eines Ausstiegs aus der Kohleverstromung deutlich. Im Jahr 2050 sehen wir eine netto Ersparnis von etwa 1,5 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung – das sind 370 Dollar für jeden Menschen auf der Erde“, erklärt Gunnar Luderer, Leiter der Energieforschungsgruppe am PIK und Professor für Globale Energiesystemanalyse an der Technischen Universität Berlin. „Dieser Effekt stellt sich

schon mittelfristig ein. Insbesondere in Indien und China könnte der Großteil dieser Vorteile bereits 2030 spürbar werden, erklärt Luderer.

China und Indien decken einen Großteil ihrer Energienachfrage mit Kohle, beide leiden unter massiver Luftverschmutzung, die durch die hohe Bevölkerungsdichte noch verstärkt wird. Auch das hohe Bevölkerungswachstum in Indien und die zunehmend gefährdete alternde Bevölkerung Chinas spielen hier hinein. Genau wegen dieser Faktoren würden die Menschen hier die positiven Auswirkungen eines Kohleausstiegs fast unmittelbar in ihrem täglichen Leben spüren, so die Forscher. „Das hat sehr bedeutende politische Auswirkungen: Für die Bürgerinnen und Bürger einer indischen oder chinesischen Millionenmetropole macht es einen großen Unterschied, welche Luft sie atmen, und für die Bauern, wie intakt die Ökosysteme sind. Diese Vorteile sind direkt und vor Ort spürbar“, sagt Sebastian Rauner.

Corona-Pandemie: Klimaziel für 2020 erreichbar

Deutschland wird sein Klimaschutzziel für 2020 – eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990 – voraussichtlich erreichen. Das zeigt eine aktuelle Abschätzung des Thinktanks *Agora Energiewende*. Der Grund liegt in zwei Einmaleffekten: Der milde Winter mit ausgeprägten Winterstürmen hat die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien ansteigen lassen und den Strom- und Energieverbrauch zum Heizen sinken lassen. Hinzu kommen die Folgen der Corona-Krise. So werden die Emissionen im Verkehrsbereich durch den zurückgegangenen Personenverkehr sinken, ebenso die Nachfrage aus der Industrie nach Strom und Erdgas infolge der konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Krise.

„Wir gehen aktuell davon aus, dass der Rückgang der Emissionen bei 40 bis 45 Prozent liegen könnte“, sagt Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. Dies sei aber per se noch keine gute Nachricht für den Klimaschutz. Denn zum einen würden die Emissionen nach der Krise wieder hochschnellen, zum anderen dürfte es nun zu Zurückhaltung bei klimaschutzrelevanten Investitionen kommen, etwa im Bereich der Erneuerbaren Energien, bei der Gebäudesanierung oder in der Industrie.

Bei Meldungen aus der internationalen Ökumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Oekumenischer Ratschlag



Initiativgruppen bereiten sich auf die ökumenischen Großereignisse 2021 vor. In Frankfurt steht der Oekumenische Kirchentag an mit erwartbaren über 100.000 Teilnehmenden, in Karlsruhe die Vollversammlung des Weltkirchenrats mit geplanten 2000 Teilnehmenden. Beide Male wird die Überwindung der Corona-Pandemie vorausgesetzt.

Mit der Rolle der ökumenischen Bewegung für eine zukunftsfähige Entwicklung mit Blick auf Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung und die Agenda 2030 befasste sich der bundesweite Oekumenische Ratschlag am 7. März 2020.

Zu den Themen referierten in Räumen der Frankfurter Hoffnungsgemeinde OKR Dr. Marc Witzzenbacher für das OeRK-Vollversammlungsbüro und Frau Jana Rottmann vom Oekumenischen Kirchentag (OeKT).



Photo © Matthias Stöckermann

Die ökumenischen Initiativen halten die Einbeziehung des kritischen Engagements von Basisgruppen beim Oekumenischen Kirchentag 2021 und der Vollversammlung des OeRK 2021 für unerlässlich.

Für eine Oekumenische Dekade für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von 2021 bis 2030

In den Gruppen wird der Vorschlag für eine ökumenische Dekade für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von 2021 bis 2030, dem Zieljahr der UNO-Agenda von Paris befürwortet. Sie sollte nicht nur auf zwei Dimensionen - Gerechtigkeit und Frieden oder gesondert etwa Klimagerechtigkeit - beschränkt sein, sondern die untrennbar verknüpften drei Dimensionen Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung wiedergeben.

Sie sind in den Kirchen als Gemeinsamkeit gut verankert. Sie sind leicht

vermittelbar. Das ist für eine weltweite Lernbewegung wichtig. Und sie umfassen die Felder der 17 UNO-Entwicklungsziele in der Agenda 2030.

Papst Franziskus bekräftigte: „Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu verfallen.“ (Laudato Si 2015, Ziffer 92)

Wachstum und Profit keine tauglichen Orientierungsgrößen

Besonderes Anliegen ist für die Initiativen die Analyse des Zusammenhangs und der umfassenden Wirkung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise. Deren Wurzeln liegen, so der Weltkirchenrat 2012, in Habgier und Ungerechtigkeit, dem Streben nach schnellem Profit, ungerechten Privilegien und kurzfristigen Vorteilen auf Kosten langfristiger und nachhaltiger Ziele (Weltkirchenrat 2012). Den Initiativen genügen bloße Reformen des strukturell zerstörerischen globalen ökonomischen Systems nicht. Sie verlangen eine umfassende Neuorientierung weg von Wachstum und Profit hin auf eine das Gemeinwohl und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellenden Ökonomie. Darauf können Gemeinden, Gruppen und Kirchen hinarbeiten. Von Seiten der Basisinitiativen bringt etwa die Akademie für eine solidarische Ökonomie konkrete Vorschläge und Lernmaterialien ein. Die kommunale Ökumene in Berlin Treptow-Köpenick hat eigene konkrete Arbeit auf Stadtebene aufgebaut.

Der nächste Ratschlag mit konkreten Kooperationsabsprachen für den OeKT soll am 21. November stattfinden.

30 Jahre Oekumenische Weltversammlung

Der Zeitpunkt des Ratschlags markierte ein Jubiläum: Vor genau 30 Jahren, im März 1990 fand in Seoul die für die Weltchristenheit repräsentative Oekumenische Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung statt mit ihren zehn Grundüberzeugungen. Sie machen die Einheit der christlichen Kirchen deutlich. Diese Grundüberzeugungen wurden in einer Ausstellung in Frankfurt präsentiert.

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland, c/o Geschäftsstelle der Kommunalen Ökumene Berlin/Treptow-Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23, 12557 Berlin, www.oenid.net

► Rhein-Mosel-Saar

Corona und der Kollaps der Modernisierung

In einer Stellungnahme zur Corona-Krise für den Vorstand des Oekumenischen Netzes schreibt Herbert Böttcher:

„Corona ist der Auslöser, aber nicht die Ursache der sich verschärfenden Krisen-Situation. Sie wird den Zerfall des Kapitalismus beschleunigen. Im Unterschied zur Krise von 2007/08, die sich auf die ‚systemrelevanten‘ Banken zuspitzte, muss nun auch der Realwirtschaft mit Milliardenhilfen unter die Arme gegriffen werden. Gefordert ist wieder der (Sozial-)Staat, der im Siegeszug des Neoliberalismus als soziale Hängematte und Klotz am Bein in der Konkurrenz der Standorte diskreditiert worden war.“

Angesichts der sich durch die von Coronapandemie zuspitzenden Krise des Kapitalismus stehe zu befürchten, dass die bei Corona schon einmal eingeübten staatlichen Repressionen sich verschärfen werden.

Böttcher weist darauf hin, dass aus politischen Krisen niemand auf die Idee gekommen ist, „dass in der Corona-Krise die ‚Einkommen‘ von Obdachlosen und BettlerInnen aufgebessert gehören. Ihre Chancen, Spenden von PassantInnen zu erhalten und/oder Flaschen zu sammeln, sind drastisch eingeschränkt. Auch von der Unterstützung von Menschen, die auf Hartz IV und Grundsicherung im Alter angewiesen sind und mit einer sich verschärfenden Ernährungssituation durch das Hamstern von Billigprodukten bis hin zum Ausfall von Tafeln und Suppenküchen konfrontiert sind, wurde politisch kein solidarischer Gedanke verschwendet“.

Befürchtet wird, dass die Stunde vorbereitet werden soll, in der die vermeintliche Normalität des Kapitalismus wieder in Gang gebracht und die Wirtschaft wieder hochgefahren werden soll. Das würde zu weiteren sozialen Einschränkungen und Verwerfungen führen, wie zu Unruhen und Plünderungen. Statt einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat mit dem Schließen von Grenzen wären Pragmatismus und Zusammenarbeit im internationalen Maßstab zur Eindämmung der aktuellen auf Corona sich zuspitzenden Krise angesagt. Forschung, Gütertransfers usw., Produktion lebenswichtiger Dinge müssten über nationale Grenzen hinaus unbürokratisch und gratis geregelt werden, um barbarische Konsequenzen zu vermeiden.

HERBERT BÖTTCHER

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V., Dominic Kloos, Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 0261/89926284, E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

► **Westfalen**

Protest gegen Kohlekraftwerk: TheologInnen über Nacht eingesperrt

In der Nacht vom ersten auf den zweiten Februar wurde ein Fahrzeug mit drei Personen in der Nähe des Kohlekraftwerkes Datteln IV von PolizeibeamtInnen der 18. Hundertschaft aus Recklinghausen angehalten und die Personen in Gewahrsam genommen. Bei zwei der drei in Gewahrsam genommenen Personen handelte es sich um MitarbeiterInnen des Instituts für Theologie und Politik in Münster, das Forschungs- und Bildungsarbeit an der Schnittstelle von Kirche und Sozialen Bewegungen betreibt. Aktuell beschäftigt sich das Institut mit der Klimafrage.

Nach einer Kontrolle der Fahrzeugpapiere und der Personalien wurden sie und das Fahrzeug auf gefährliche Gegenstände durchsucht. Obwohl die Polizei keine auffälligen Gegenstände gefunden hatte, wurden alle drei Personen in einem Gefangenentransporter ins Polizeipräsidium gebracht, dort vollständig entkleidet und über Nacht in Einzelzellen gesperrt. Das Auto wurde beschlagnahmt. Straftaten wurden ihnen zu keinem Zeitpunkt vorgeworfen. Als Begründung für die Maßnahme diente lediglich die Einschätzung der Polizei, sie würden annehmen, dass man sich eventuell an Protestaktivitäten beteiligen wolle. Erst um 10 Uhr am nächsten Morgen wurden alle drei freigelassen. Gegen sie wurde ein dreimonatiges Betretungsverbot für eine mehrere Quadratkilometer umfassende Zone rund um das Kraftwerk ausgesprochen.

„Wir sind schockiert und entsetzt wie wir von den PolizeibeamtInnen behandelt wurden,“ so Benedikt Kern, Theologe und einer der Betroffenen. „Wir wurden wie SchwerverbrecherInnen behandelt, mussten uns bei halboffenen Türen in den Zellen entkleiden und die Nacht in Unterhosen verbringen.“

„Wir verstehen als unsere wissenschaftliche Aufgabe kritisch hinzuschauen, wo Menschenrechte eingeschränkt oder in Frage gestellt werden“, so Dr. Julia Lis vom Institut für Theologie und Politik. „Es kann nicht sein, dass Menschen eingesperrt werden, wenn nur vermutet wird, dass sie mit der Klimabewegung sympathisieren.“

Am 14.02.20 hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschieden, dass das Aufenthalts- und Betretungsverbot der Polizei für die Umgebung des Kraftwerkes Datteln IV keinen Bestand hat. Nach Auffassung des Gerichts war es „offensichtlich rechtswidrig“.

Kontakt: Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster, E-Mail: kontakt@itpol.de, Internet: www.itpol.de

► **Württemberg**

Das Neue Narrativ

Nach monatelangen Präzisierungen ist nun "Das Neue Narrativ" erschienen. Aus dem Blickwinkel des Jahres 2040 werden mögliche politische und soziale Entwicklungen in der Form eines Tatsachenberichts beschrieben (Re-Gnosis statt Pro-Gnosis). Das Heft kommt zur rechten Zeit: Umdenken ist gefordert und die Coronakrise zwingt zum Umdenken. Das Heft ebenso wie die Krise könnten mithelfen, eine Epoche der Rücksichtslosigkeit auf Menschen und Natur zu beenden.

Kontakt: Das 24-seitige, farbige Heft kann zum Preis von 2 Euro zzgl. Porto bestellt werden bei Pfr.i.R. Werner Gebert, Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel. 07473/959898, euw.gibert@t-online.de

► **Christen für den Sozialismus**



Kapitalismus vor unüberwindlicher Schranke

Mit den objektiven Grenzen für Materielles Wachstum und der Ersetzung von Marktmechanismen durch eine bewusste Planung, Mengenregulierungen, Quotenabgaben und Preiskontrollen befasst sich der Mainzer Theologe Dr. Bruno Kern im 'Cirkular' der ChristInnen für den Sozialismus vom Herbst 2019.

Er konstatiert, dass der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke steht, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: Vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangen-griffskrise“ kann er nicht enttrinnen.

Die letzte Ursache der aktuellen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise ist eben dieses ans Ende gekommene Wachstum. Kritisch beleuchtet der katholische Theologe die Ideen eines „Green New Deal“, der annimmt, das kapitalistische Wachstum könne mit anderen technischen Mitteln weitergeführt werden wie bisher. Es wird suggeriert, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch in genügend hohem Maße durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien.

Das ist eine der gefährlichsten Illusionen eines „Ökokapitalismus“. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist nicht unerschöpflich.

Nicht nur der globale Kapitalismus, der ja auf stetig wachsende Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter und auf eine weltweit funktionierende stark ausdifferenzierte Arbeitsteilung angewiesen ist - sondern auch die Industriegesellschaft insgesamt steht zur Disposition! Die Industriegesellschaft war menschheitsgeschichtlich betrachtet eine nicht verallgemeinerbare Singularität, eine Ausnahmesituation einer kurzen Zeitspanne und immer nur für den kleineren Teil der Menschheit, die nur auf der Grundlage der massiven Ausbeutung fossiler Energieträger - erst Kohle, denn Erdöl - möglich war. Künftige, nachhaltige Gesellschaften werden mit einer wesentlich bescheideneren Ressourcenbasis auskommen.

Wirtschaft wird schrumpfen

Wirtschaft wird in Zukunft nicht nur nicht mehr wachsen, sondern zwangsläufig schrumpfen!

Ein solcher Schrumpfungsprozess ist aber nicht mehr im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu bewerkstelligen.

Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt auch kein Minimum an sozialer Gerechtigkeit mehr garantieren. Das heißt: Anstelle der Marktmechanismen brauchen wir eine bewusste Planung, Mengenregulierungen, Quotenabgaben, Preiskontrollen etc.

Planung sollte möglichst dezentral, mit einem Maximum an Partizipation der Betroffenen und mit einem hohen Maß an Autarkie lokaler Gemeinschaften erfolgen. Nicht zuletzt deshalb sind „bottom-up“-Ansätze im Sinne der „Solidarischen Ökonomie“ zentral.

Kennzeichen einer ökosozialistischen Wirtschaftsweise

Eine ökosozialistische Ökonomie wird sich auszeichnen

- durch eine starke Konzentration auf den lokalen und regionalen Bezug,
- durch eine starke Einschränkung des Fernhandels,
- durch eine höhere Arbeitsintensität (die heutige hohe Arbeitsproduktivität ist zum Großteil die Kehrseite einer hohen Energieintensität),
- durch ein geringeres Maß an Arbeitsteilung
- und ein hohes Maß an Selbstversorgung.

Kontakt: ChristInnen für den Sozialismus, c/o Hartmut Futterlieb, Zur Linde 9, 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 06621/74905, E-Mail: hartmut.futterlieb@t-online.de; Dr. Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz, E-Mail: fackelkraus@gmx.de, Tel.: 06131/23646

► Kairos Europa



Naht das Ende der finanzmarktgetriebenen Globalisierung?

Der real existierende Kapitalismus befindet sich ökologisch auf einem Katastrophenkurs. Das ist angesichts der immer verheerenderen Folgeschäden des Klimawandels längst nicht mehr zu übersehen. Eine Kairos-Tagung will einen weiteren Krisenherd in den Blick nehmen. Dabei geht es um die anhaltenden Niedrig- bzw. Null- oder gar Negativzinsen auf den weltweit wichtigsten Kapitalmärkten. Diese haben zwar als Folge der politisch bezweckten Überschwemmung der Finanzmärkte mit billigem Geld in Reaktion auf die Weltfinanzkrise von 2008 wesentlich mit dazu beigetragen, die Weltwirtschaft insgesamt vor einer noch tieferen Rezession und das Weltfinanzsystem gar vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren; zugleich ist in ihrem Gefolge aber die Ware Geld praktisch wertlos und damit das klassische Geschäft von Banken wie Sparern quasi verunmöglicht worden.

Manche Experten - darunter Befürworter ebenso wie Kritiker der herrschenden Ordnung - machen hierin bereits eine Entwicklung aus, die den Kapitalismus letztlich zu Grabe tragen wird. Andere befürchten, dass sich das Kapital bei seiner Suche nach Rendite neue, „reale“ Anlagemöglichkeiten erschließen und damit die aus dem Kapitalismus resultierende „imperiale Lebensweise“ gar noch um ein Weiteres verschärfen wird.

Auf diesem Hintergrund möchte die geplante Tagung nach den tatsächlichen Konsequenzen von Geldmärkten ohne Zinsen im globalen Norden (bei anhaltend höheren Zinsen im und für den globalen Süden) für die Weltwirtschaft und den Kapitalismus insgesamt fragen und dabei auch die als Reaktion bereits beobachtbare „Landnahme“ bislang nicht in Wert gesetzten ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Terrains für die künftige Kapitalakkumulation beleuchten. Der „Logik“ und den zu befürchtenden ökonomischen und sozialen Verwerfungen dieser Inbesitznahme einer bislang nicht-kapitalistischen Umwelt sollen emanzipatorische Konzepte aus der Perspektive religiöser und weltanschaulicher Begründungen einer Politik der Gerechtigkeit gegenübergestellt werden.

Die Tagung bietet dazu u.a. am Freitag, 16.10 ein Referat von Peter Wahl,

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, zu Niedrig- bzw. Null- oder gar Negativzinsen - Sinnbild der fortschreitenden Landnahme des Kapitalismus oder der Begrenztheit seiner Formwandlungsfähigkeit? Am Samstag folgt von Prof. Dr. theol. Rainer Kessler, Frankfurt, „Der Boden ist keine Ware: zum biblischen Bodenrecht“ und von Hans Diefenbacher, Uni Heidelberg, „Niedrigzinsen und die aktuelle Spekulationsblase bei Mieten, Haus- und Grundstückspreisen: Konzepte und Maßnahmen gegen leistungslose Renditen und „Landraub“ in Nord und Süd“. Am Sonntag, 18.10. liegt ein Fokus auf dem konziliären Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im Allgemeinen sowie der „Zachäus-Kampagne“ im Besonderen bei der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe im September 2021.

Kritik an der „Wuppertaler Erklärung: Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde“

In Anbetracht der tief greifenden globalen ökologischen Krise kamen im Juni 2019 RepräsentantInnen aus zahlreichen Ländern und verschiedenen Konfessions- und Glaubenstraditionen zu einer Konferenz mit dem Titel „Together towards eco-theologies, ethics of sustainability and eco-friendly churches“ in Wuppertal/Deutschland zusammen. Die deutschen Veranstalter - Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Evangelisches Missionswerk (EMW), Vereinte Evangelische Mission (VEM) und Brot für die Welt - nutzten die von den Teilnehmenden verabschiedete „Wuppertaler Erklärung: Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde“ dazu, mit Blick auf die im September 2021 ebenfalls in Deutschland stattfindende 11. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen einen weit reichenden Vorschlag zu platzieren: Die weltweite ökumenische Bewegung wird dazu aufgerufen, gemeinsam eine „Dekade des ökologischen Lernens, Bekennens und Handelns gegen den Klimawandel“ zu planen und diese bei der OeRK-Vollversammlung auszurufen.

Dazu hat Kairos Europa einen Offenen Brief verfasst, der von bislang 250 Personen unterzeichnet wurde, davon etwa 200 aus Deutschland. Darin heißt es:

Systemischen Charakter der Krise bewusst machen

„So wünschenswert ein auf die globale Klimakrise zugespitzter Arbeitsschwerpunkt des OeRK im Prinzip auch sein mag, so wenig zielführend erscheint

uns, den Unterzeichnenden, wenn dieser deren eigentliche Ursache verschleiert, wie es in der Wuppertaler Erklärung der Fall ist. Denn diese lässt den systemischen Charakter der Krise unserer kapitalistischen Zivilisation weitgehend außer Acht und reduziert stattdessen die notwendige Veränderung auf eine zuvorderst ökologisch definierte Transformation. Angesichts der „multiplen Krise“ der herrschenden (Un-)Ordnung liegt aber längst auf der Hand, dass sich die Frage nach ökologischer nicht mehr von der Frage nach wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit trennen lässt und eine Lösung demnach nicht in einem schrittweisen „Heraustransformieren“ aus unserer fossil basierten Produktionsweise bestehen kann. Vielmehr geht es um die Überwindung der „imperialen Lebensweise“ und ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem.“

Weiter kritisiert Kairos Europa: „Mit seiner verkürzten und einseitigen „Analyse“ ignoriert und konterkariert der Wuppertaler Vorschlag die umfassende und grundlegende Kritik an den weltwirtschaftlichen Strukturen, wie sie die weltweite Ökumene zwischen 1983 und 2013 im Rahmen ihrer systematischen Auseinandersetzung mit der ökonomischen Globalisierung formuliert hatte und wie sie auch in ökumenischen Erklärungen der jüngeren Vergangenheit zur Notwendigkeit einer neuen internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA) zum Ausdruck gebracht wurde.“

Einhelliger Tenor der klaren, über viele Jahre hinweg auf der weltweiten Ebene gewonnenen Einsichten ist dabei, dass - wie es der Lutherische Weltbund bereits 2003 bei seiner 10. Vollversammlung formulierte - die vorherrschende ökonomische Ordnung samt der deren Mechanismen bestimmenden Ideologie einem „Götzendienst“ gleichkommt, da „der auf Privateigentum, ungezügelm Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht“.

Allzu oft bleibe das ökumenische Agieren aufgrund einer zur Vermeidung von Konflikten mit politischen und wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen für geboten erachteten „Zurückhaltung“ auf Forderungen nach bloß kosmetischen Reformen des strukturell zerstörerischen globalen ökonomischen Systems beschränkt - wie eben auch in der Wuppertaler Erklärung, in der ausgespart bleibt,

dass sich soziale ebenso wie Klimagerechtigkeit für alle Menschen nur durch eine fundamentale sozial-ökologische Transformation erreichen lassen. Und dies erfordert letztlich eine radikale Abkehr von den unser Wirtschaften bislang dominierenden kapitalistischen Triebfedern Wachstum und Profit und die Hinwendung zu einer das Gemeinwohl und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellenden Ökonomie.“

Die Kritik an der „Wuppertaler Erklärung“ wird innerhalb der ökumenischen Initiativen nicht allseits geteilt. So heißt es aus dem Freundeskreis des Plädoyer, die Wuppertaler Erklärung ignoriere keineswegs die umfassende und grundlegende Kritik an den weltwirtschaftlichen Strukturen, wie sie die weltweite Ökumene formuliert hat, sondern setze diese Kritik voraus. Ein bloßes Schibboleth, der systemische Charakter der Krise, kann nicht die Artikulation konkreter Konsequenzen ersetzen.

Andere erinnern an frühere Argumente (etwa 2015 in EKD Texte 122, S. 51), dass die ökumenisch-sozialethische Arbeit über das Stadium der prophetischen Fundamental-Kritik hinausgehen und pro-aktive konkrete und politisch kommunizierbare Gestaltungsvorschläge entwickeln müsse, die auf konkrete Projekte von neuen Steuerungs- und Kontrollinstrumenten des Finanzsektors und der ihn bestimmenden übermächtigen Wirtschaftsinteressen bezogen sind.

Kontakt: Kairos Europa Martin Gueck, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/800255

► Akademie solidarische Ökonomie

Klimaerhitzung, Pandemie, Zusammenbrüche und eine grundlegend neue Wirtschaftsweise

Bis Ende des letzten Jahres stand die Klimaerwärmung im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, der wissenschaftlichen Arbeiten und auch an erster Stelle dessen, was die Mehrheit der Bürger bewegte, erinnert Bernd Winkelmann von der Akademie solidarische Ökonomie, im Folgenden auszugsweise wiedergegeben:

Die Erkenntnis setzte sich durch, dass es um mehr geht als um eine Klimaveränderung. Es geht mit ihr und dem Artensterben, der Vermüllung der Meere, der Zerstörung der Wälder usw. um eine umfassende drohende ökologische Katastrophe, deren Verhinderung eine bisher noch nie dagewesene „Menschheitsaufgabe“ ist (Bundeskanzlerin Merkel). Immer mehr Wissenschaftler und Fachleute bis in die Politik hinein erkennen, dass diese drohende Katastrophe mit

einer Wachstumsökonomie zu tun hat, die die ökologische Belastungsgrenze unseres Planeten um ein Vielfaches überschreitet.

Viele erkennen, wir brauchen eine radikale, eine an die Wurzeln gehende Veränderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise, um die Stabilität unseres Ökosystems zu erhalten und die Zukunft der Menschheit zu sichern. Wir brauchen eine „Neuerfindung unserer Zivilisation“, wie es der Klimaforscher Schellnhuber formulierte.

Die aggressive Art des Coronavirus und seine blitzschnelle Ausbreitung über die ganze Erde hat etwas mit der Destabilisierung der Biosphäre und mit der Globalisierung einer imperialen Wirtschaftsweise zu tun. Erstaunlich, wie in der Coronakrise vieles erkannt und plötzlich möglich wird, was auch zur Bewältigung der Umweltkrise wesentlich sein kann.

Hier nur einige Beispiele:

- die Entdeckung einer Wirtschaft, die nicht der Globalisierungsmanie verfällt, sondern besser und zuverlässiger aus den regionalen Kreisläufen lebt;
- die Erfahrung, dass die Entschleunigung unseres Lebens, ein Verzicht auf ein immer mehr, immer schneller, auf ständiges Aktivsein und Reisen in alle Länder der Welt unser Leben ruhiger und erfüllter werden lässt;
- die Entdeckung, dass die Folgen der Coronakrise die Erde sichtlich aufatmen und aufgrünen lässt;
- die Entdeckung von Werten wie eigene Kreativität, Phantasie, Spiel, musische Fähigkeiten, spirituelle Empfindsamkeit u.ä., die sich erst aus einer äußeren „Leere“ ergeben
- Erfahrungen von Werten, von denen jeder Einzelne und die Gemeinschaft lebt: Solidarität, Einsatz und Opferbereitschaft für die Gefährdeten, Alte, Nachbarn;
- Zusammenhalten und nach einander Fragen;
- die Entdeckung eines größeren „Wir“ unseres Gemeinwesens;
- die Erfahrung, dass das Gefühl der Verbundenheit gerade unter dem Diktat der räumlichen Trennung wieder stärker wird. Diese Erfahrungen helfen die Coronakrise zu bewältigen und zugleich die Überlastung unseres Ökosystems zu reduzieren. Dies wird allerdings nur nachhaltig wirken, wenn ein starker Staat dazu kommt und sich auf seinen demokratischen Auftrag besinnt. Es ist ein Staat, in dem die Politiker aller Parteien an einem Strang ziehen, in dem die Wirtschaft nicht dem freien Markt und den Profitinteressen der Großunternehmen und Banken überlassen bleibt, sondern das Gemeinwohl vor allem zu Gunsten der Schwächeren an die erste Stelle tritt.“

Zusammenbrüche als Chance für eine solidarische und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft

Wünschenswerte Zielsetzung: Der Staat gibt auch der Privatwirtschaft vor, was und wie das Lebensnotwendige produziert wird; durch Rationierung (Bezugs-scheine) wird für eine gerechte Versorgung aller gesorgt; die sehr Reichen werden sehr hoch besteuert; die Ausgaben des Staates werden konzentriert für die Bewältigung der Krise eingesetzt, heute im Befolgen des „ökologischen Imperativs“ für die Erhaltung der Biosphäre, für die soziale Absicherung aller, für die Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Wahrscheinlich wird erst in solchen kriegsähnlichen Zeiten eine solidarische und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft zum Durchbruch kommen. Das Ganze kann nur gelingen, wenn alle wissen, worum es geht, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt ist, wenn die Maßnahmen demokratisch kontrolliert werden und wenn das Handeln der Politiker und der Wirtschaft von dem Primat der Ökologie und des Gemeinwohls geleitet wird.“

BERND WINKELMANN

Kontakt: Akademie solidarische Ökonomie, c/o Norbert Bernholt, Am Butterberg 16, 21335 Lüneburg, Telefon: 04131/ 7217450, E-Mail: nbernholt@t-online.de

► Versöhnungsbund



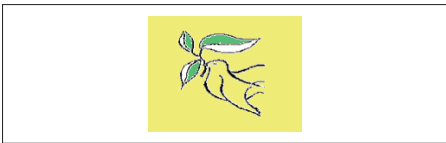
Die innere Logik des Friedens

Unter dem Titel „Wenn sie sagen »Friede & Sicherheit« - Die innere Logik des Friedens“ wird in Kooperation mit Quäkern und dem mennonitischen Friedenskomitee die Herbsttagung des Versöhnungsbundes geplant vom Freitag, 27 bis Sonntag, 29. November 2020. Es geht angestoßen vom Szenario „Sicherheit neu denken“ um die Fragen, wie der Weg des Friedens auch das Bedürfnis nach Sicherheit berücksichtigen kann, wie die Spannung zwischen Frieden und Sicherheit zu überbrücken ist, und auch wie mit der Spannung zwischen dem Bedürfnis der Staaten nach Macht und unserem Bedürfnis nach Versöhnung und Frieden umzugehen ist. Unter der Fragestellung „Kann man Frieden und Sicherheit anarchistisch denken? wird am Freitagabend u.a. Ull-

rich Hahn einige Thesen vorstellen. Am Samstag referiert morgens Hanne-Margret Birckenbach zur Logik des Friedens. Workshops befassen sich nachmittags mit der Initiative „Sicherheit neu Denken“ mit Aktionsmöglichkeiten zum Mitmachen sowie dem Ansatz von Walter Wink, dem Umgang mit persönlicher, eigener (Un-) Sicherheit und (Un-)Frieden, Alternativen zu Gewalt und der Sicherheit und Solidarität bei Friedensfachkräften im Ausland. Tagungsort ist der Thomashof, Stupfericher Weg 1, 76227 Karlsruhe, Anmeldungen bei DMFK z.H. Brigitta Albrecht, Hauptstr. 1, 69245 Bammental, Tel: 06223 / 5140, E-Mail: brigitta.a@dmfk.de

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: 0571/850875, E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

► **Friedensgebetskreise**



Sicherheit neu denken

Das 25. bundesweite Vernetzungstreffen der ökumenischen Friedensgebetsgruppen befaßt sich mit dem Thema „Sicherheit neu denken - Der Weg von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik“. Referent am Samstagvormittag ist Ralf Becker von der Badischen Landeskirche. Er wird das Szenario „Sicherheit neu denken“ vorstellen, das anhand konkreter Arbeitsschritte den Weg eines konsequenten Umstiegs von der militärischen auf eine zivile Friedenssicherung bis 2040 aufzeigt..

Anlass sind die immer wiederkehrenden Beschlüsse und Forderungen innerhalb der NATO, der EU und der BRD, die Ausgaben für militärische Sicherung wesentlich zu erhöhen. Dem steht gegenüber, dass durch die bisherige Sicherheitspolitik kein Zuwachs an Sicherheit erreicht werden konnte. Fast kein Auslandseinsatz der Bundeswehr seit dem Jahr 2000 hat seine ursprünglichen Ziele erreicht. In diesem Szenario geht es nun darum, ein Denken zu entwickeln, das die militärische Sicherheitslogik durch eine Friedenslogik ersetzt. Es werden Möglichkeiten und konkrete Schritte aufgezeigt, wie eine auf 5 Pfeilern beruhende zivile Sicherheitspolitik gelingen kann.

Das Wochenende vom 25. - 27. September 2020 beginnt mit einem ökumenischen Friedensgebet am Freitagabend und endet am Sonntagvormittag mit einem Gottesdienst.

Das Treffen soll in der Jugendbildungsstätte Kupferberg in Detmold

(Auf dem Kupferberg 1, 32758 Detmold, www.jugendbildungsstaette-kupferberg.de) stattfinden.

Kontakt: Oekumenischer Friedensgebetskreis Detmold, Uli und Günter Stukenbrok, Grundstr. 14, 32760, Detmold, Tel.: 05231/ 88486, E-Mail: uli.stukenbrok@t-online.de, Dorothee und Toni Schneider, Wiemannstr. 9, 32760 Detmold, Tel.: 05231/59090, E-Mail: Dorothee@SchneiderDt.de

► **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!**

Neue politischen Grundsätze zu Rüstungsexporten ernüchtern

Die Bundesregierung hat - wie im Koalitionsvertrag 2018 vereinbart - die Politischen Grundsätze zur Rüstungsexportpolitik überarbeitet. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zeigt sich jedoch ernüchert.

„Da die Bundesregierung sich eine restriktive Rüstungsexportpolitik auf die Fahnen schreibt und im Koalitionsvertrag vom „schärfen“ der Politischen Grundsätze spricht, hatte ich erwartet, dass die Überarbeitung Verschärfungen bringt, die den Export verringern können. Weit gefehlt! Bei der sogenannten „Schärfung“ der Politischen Grundsätze handelt es sich nicht um eine Verschärfung, sondern vor allem um eine Verschriftlichung der schon geübten Genehmigungspraxis, die 2019 mit 7,95 Mrd. Euro höher war, als je zuvor. Das ist eine gefährliche Politik, weil diese Waffen in den aktuellen Konflikten eingesetzt werden und Menschen bedrohen und vertreiben, verletzen und töten“, kritisiert Kampagnensprecherin Christine Hoffmann.

Kontakt: Aktion Aufschrei, c/o Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, E-Mail: orl@jgaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de, und PaxChristi, se. unten

► **Pax Christi**



In Zeiten der Pandemie

“Wir alle müssen über die Zeit nach dem Coronavirus nachdenken und das nicht, indem wir einfach auf unsere bisherigen Grundsätze und Praktiken zurückgreifen“ schreibt der Co-Präsident von Pax Christi International.

Die Pandemie ist nicht nur ein gesundheitlicher Notfall. Sie beeinträchtigt und stört die sozialen Strukturen und verdeutlicht uns viele Schwächen unserer Lebensweise. Der enorme Einsatz des Gesundheitspersonals kann

nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir einem solch schweren Sturm nicht gewachsen sind. Überdeutlich zeigen sich die Unzulänglichkeiten unseres Wirtschaftssystems, das Profitstreben absolut setzt und den Warenaustausch schon aus dem Gleichgewicht brachte, als dieser eigentlich hätte florieren sollen. Der Engpass bei der Produktion und Lieferung von Schutzmasken, den China glücklicherweise ausgleicht, ist nur ein Beispiel dafür.

Das Verhältnis von Mensch und Natur

Jetzt geht es darum, die bestehende Art der Globalisierung zu hinterfragen, die den Mächtigen nützt, den Schwachen aber Ungerechtigkeit bringt, und die unter dem Vorwand trügerischer Sicherheit Gewalt einsetzt. Wir nehmen eine Denkart von Universalität wahr, die nur vorgibt Unterschiede zwischen den Nationen zu überwinden. Was wir brauchen ist die Umkehr zu einer Spiritualität, die wie Papst Franziskus sagt, den selbstbezogenen Egoismus der Menschheit überwindet.

MGR. MARC STENGER

Kontakt: pax christi - Deutsche Sektion e.V. Feldstraße 4, 13355 Berlin, E-Mail sekretariat@paxchristi.de

► **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden**

Auswirkungen der Corona-Pandemie gefährden Friedensorganisationen

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat einen Hilferuf an Bund und Länder gerichtet. „Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen unsere Arbeit hart und gefährden die Existenz von Friedensorganisationen“, so die Organisation.

So mussten beispielsweise internationale Programme wie Workcamps und Jugendbegegnungen abgesagt werden. Bildungsveranstaltungen würden ausfallen und Ausstellungen nicht abgerufen, berichtet die AGDF.

Mehrkosten entstünden durch die Rückholung von Freiwilligen und Fachkräften, oder durch Investitionen in digitale Kommunikationsmöglichkeiten, während gleichzeitig aber Einnahmen durch ausbleibende Teilnehmenden-Beiträge sowie rückläufige Spenden wegbrechen. Viele Honorarkräfte hätten keine Einnahmen mehr. Erwartet wird die rasche Einführung eines Demokratiefördergesetzes auf Bundesebene und eine Verdoppelung der Haushaltsmittel gegenüber 2020 für das Programm „Demokratie leben!“.

Kontakt: AGDF, Endericher Straße 41, 53115 Bonn, Tel: 0228/ 24999-0

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München
www.oekumenisches-netz-bayern.de

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthemenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln,
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarische-kirche.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
koek_trep_koep@gmx.de

Einladung



zur Förderung der
Stiftung Oekumene

Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung über die
gemeinnützige Stiftung Oekumene
als Plattform für vielfältige Projekte

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse

IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür wird die Adresse
benötigt.

Möchten Sie die Zeitschrift

**OEKUMENISCHER
INFORMATIONSDIENST**

regelmäßig erhalten?

Nur 10,- Euro im Jahr!

Eine kurze Mitteilung per E-Mail
oder Post genügt.

Stiftung Oekumene,
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart,
ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene
Verantwortlich:
Ulrich Schmittthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmittthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Entwurf Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08